



Bildungspolitik aktuell: Bildungspolitische Prioritäten für die neue Legislatur

Berlin hat in den vergangenen Jahren wichtige Reformen im Bildungsbereich auf den Weg gebracht. Die neue Koalition sollte bestehende Qualitätsstandards konsequent umsetzen, Bildungsqualität steigern und erfolgreiche Übergänge von der Kita bis in Ausbildung und Beruf zum Maßstab ihres Handelns machen

SPRACHFÖRDERUNG IN KITA UMSETZEN

Das Berliner Bildungsprogramm setzt Standards für die frühkindliche Sprachförderung. Die zukünftige Koalition sollte sich zu diesem Qualitätsrahmen bekennen und dessen Umsetzung priorisieren. Eine digitalisierte Sprachstandsfeststellung nach dem dänischen Vorbild kann pädagogische Fachkräfte und Verwaltung entlasten. Die frühkindliche Bildung und Betreuung ist eine staatliche Kernaufgabe. Eine Sonderabgabe für Arbeitgeber zur Finanzierung von frühkindlicher Bildung ist dagegen abzulehnen.

BILDUNGSQUALITÄT PRIORISIEREN

Mehr Bildungsgerechtigkeit und zukünftige Fachkräftesicherung gehen in Berlin Hand in Hand, wenn Schülerinnen und Schüler sicher die sprachlichen und mathematischen Basiskompetenzen beherrschen. Hamburg hat den Turnaround in der Bildungsqualität geschafft. Auch Berlin hat für eine solche Entwicklung den Weg geebnet. Die neue Koalition sollte die Strategie zur Steigerung der Bildungsqualität ohne Abstriche im Leistungsanspruch umsetzen.

ÜBERGÄNGE ERFOLGREICH GESTALTEN

Berufliche Orientierung ist ein primäres Bildungsziel: Schülerinnen und Schüler verlassen mit einer konkreten Anschlussperspektive die allgemeinbildende Schule. Dazu muss die Jugendberufsagentur als zentrale Anlaufstelle gestärkt und beide Institutionen, Schule und JBA, an erfolgreichen Übergängen gemessen werden. Das 11. Pflichtschuljahr bietet Jugendlichen ohne Anschluss eine Perspektive und Unterstützung. Der Übergangsprozess sollte vorrangig auf die Vermittlung in die duale Ausbildung ausgerichtet werden.

LIBB GRÜNDEN UND VERWALTUNG REDUZIEREN

Um die duale Ausbildung zu stärken, braucht Berlin ein Landesinstitut für berufliche Bildung (LIBB) als zentrale Steuerungseinheit. Ein politisch neutrales LIBB bringt Schulen, Wirtschaft und Verwaltung verbindlich zusammen. Beschleunigte Entscheidungswege und weniger Verwaltungsaufwand entstehen aber nur, wenn bisher verstreute Zuständigkeiten im LIBB gebündelt werden. Möglichst verwaltungsarm muss auch die Umsetzung der unter Kritik beschlossenen Ausbildungsplatzabgabe erfolgen und deren zügige Abschaffung forciert werden.

MEHR WOHNRAUM FÜR AUSZUBILDENDE SCHAFFEN

Ausbildungsverhältnisse kommen in Berlin zunehmend nicht zustande oder werden vorzeitig beendet, weil Auszubildende keine passende Unterkunft finden. Deshalb braucht es in Berlin deutlich mehr Wohnungsangebote für Auszubildende, insbesondere durch zusätzliche Azubi-Wohnplätze, eine verbindliche Quote für Auszubildende in der Förderrichtlinie „Junges Wohnen“ und ein leistungsfähiges Azubiwerk als zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle.

IN EIGENER SACHE

Künftig erscheint dieser Newsletter im Wechsel mit „Arbeitsmarktpolitik aktuell“, der zu Arbeitsmarktdaten und Fachkräftetrends informiert. Der Arbeitsmarkt-Newsletter kann [hier](#) abonniert werden.

ANSPRECHPARTNER

Team Bildung

Telefon: +49 30 31510-829

E-Mail: sandra.theede@berlin.ihk.de